



**SITZUNGSPROTOKOLL - ÖFFENTLICH**

**Ausschuss für Technik und Umwelt, 07.02.2018**

**Dauer:** 17:30 bis 19:25 Uhr

**Sitzungsort:** Altes Rathaus, Bürgersaal

**Vorsitzender:** Dirk Elkemann, Oberbürgermeister

**Schrifführung:** Tanja Fritz

**Urkundspersonen:** Susanne Merkel-Grau und Stefan Seewöster

**Gäste:**

Mitglieder des Gemeinderats: Werner Philipp, Tina Wagner, Bernd Lang, Fritz Sandritter

**Anwesende Mandatsträger/-innen:**

Bekyigit, Orhan  
Deschner, Klaus  
Hilswicht, Jutta  
Lachenauer, Gabriela  
Markmann, Karl-Heinz  
Merkel-Grau, Susanne  
Rothenhöfer, Klaus  
Schindler, Michael  
Seewöster, Stefan  
Veits, Dr. Gerhard  
Zeier, Dr. Fritz  
Ziehensack, Richard

**Entschuldigte Mandatsträger/-innen:**

**Anwesende Verwaltungsmitarbeiter/-innen:**

- Bürgermeister Ludwig Sauer
- Fachbereichsleiterin Diana Fessler, Fachbereichsleiter Harald Schneider
- Frau Bajohr, Herr Morlock, Herr Schmitt, Herr Singler, Frau Dahner

Die Beschlussfähigkeit wurde vom Vorsitzenden zu Beginn der Sitzung festgestellt. Die Einladung und Übermittlung der Tagesordnung ist form- und fristgerecht erfolgt. Einladung, Tagesordnung und ggf. Vorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

<b>1 Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften</b> Vorlage 19/2018
--

Oberbürgermeister Dirk Elkemann stellte voran, dass man diesen Tagesordnungspunkt nachgeschoben habe, da es bei der letzten Beratung im Gemeinderat noch offene Fragen gegeben habe.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) sagte, dass der springende Punkt nicht die Satzung und auch nicht die Kalkulation war, sondern dass die Städtische Wohnungsbaugesellschaft die Verwaltungsgebühren doppelt abrechnet, von uns und vom Mieter. Wir haben die Wohnbau beauftragt, unsere städtischen Wohnungen zu vermieten, und diese Leistung bezahlen wir.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann erklärte, dass es sich um eine Mischkalkulation handelt. Wir als Stadt sind als Mieter mit sehr geringem Aufwand zu betreuen. Wir mieten von der Wohnbau die Wohnung, und die Wohnbau vermietet diese in unserem Auftrag weiter an einen Untermieter. Insofern fallen auch 2x Gebühren an.

Stadtrat/Ortsvorsteher Markmann (CDU) berichtete, dass er in Baiertal öfters mit der Anschlussunterbringung zu tun hat. Dies alles zu managen sei ein Riesenaufwand, den wir natürlich bezahlen müssen. Das Problem in seinen Augen ist, wie wir mit Leerständen umgehen.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) kritisierte, dass das System einfach nicht stimmt.

Frau Bajohr erklärte, dass es sich bei der Berechnung um Kosten handelt, die wir reell tragen, plus Rückstellungen für künftige Renovierungen oder Rückbaumaßnahmen. Diese Kosten sind den jeweiligen Mietern zuzuordnen.

Stadtrat/Ortsvorsteher Markmann (CDU) kritisierte, dass die Eingewiesenen, wenn sie später selbst Geld verdienen, diese hohen Mieten nicht mehr bezahlen können.

Frau Fessler erläuterte, dass in der Anschlussunterbringung die Kosten deutlich höher sind als bei einer normalen Mietunterbringung, weil die Leute oftmals anders mit den Dingen umgehen. Im Durchschnitt entsteht mehr Müll, und es muss auch mehr saniert werden. In dem Moment, wo die Leute in Arbeit kommen, sind die Kosten happig. Bei der Anschlussunterbringung geht es aber auch darum, dass die Leute nicht in diesen Wohnungen bleiben sollen, sondern dass sie sich selbst eigene Wohnungen anmieten. Ziehen sie aus, haben wir oftmals Leerstände, weil wir die Wohnungen vor einer Neubelegung erst wieder renovieren müssen.

Herr Morlock ergänzte, dass dies in der Natur der Sache liegt, schließlich reden wir hier von Anschluss- und Obdachlosenunterbringung, und diese Wohnungen müssen wir vorhalten.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) entgegnete, dass aber Mietausfälle ein typisches Vermieterrisiko sind, und das nichts mit Anschlussunterbringung zu tun hat. Und der Mietausfall wird normalerweise mit 5 % einkalkuliert.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann entgegnete, dass es letzten Endes nur zwei Möglichkeiten gibt. Wir betreiben es kostendeckend und verlangen diese hohe Mieten, oder wir legen mit Steuergeldern drauf.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) antwortete, dass die dritte Möglichkeit ist, dass etwas mit den Kosten der Wohnbau nicht stimmt.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann erwiderte, dass deshalb ja Herr Bonk nachher in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung eingeladen ist.

Stadtrat Dr. Veits (Grüne) kritisierte, dass die Vorlage nicht transparent ist. Der Vorwurf ist doch, dass die Wohnbau eine Leistung einmal bringt und zweimal abrechnet. Und das muss

man doch klären können. Zudem hat seine Fraktion der Verwaltung hierzu noch eine Frage gemailt.

Frau Bajohr antwortete, dass sie sich bei der Kalkulation überlegt hat, wie der Arbeitsaufwand, der anschließend in der Verwaltung entsteht, wirtschaftlich vollziehbar ist. Wir bekommen von der Wohnbau eine Rechnung, die wir anhand eines Schlüssels auf mehrere Kostenstellen verteilen müssen, entsprechend unserer Kalkulation, und unter der Voraussetzung der Vollbelegung. Der Berechnungsvorschlag der Grünen verursacht einen viel größeren Verwaltungsaufwand, weil man nicht mit Pauschalen arbeitet, sondern sie jeden Monat herausziehen muss welche Wohnung aktuell mit wie vielen Personen belegt ist.

Stadtrat Dr. Veits (Grüne) entgegnete, dass seine Fraktion auf Probleme hinweise, die jemand angreifen könnte. Bis zur Sitzung erwarte er zudem eine Aussage, ob uns durch diese aktuelle Verzögerung erheblich viel Geld verloren geht.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann sagte dies zu. Wenn es tatsächlich so wäre, wäre dies ein weiterer Grund, diese Satzung endlich zu beschließen.

**Vorberaten.**

## 2 Information über den Sanierungsstau der städtischen Gebäude Vorlage 8/2018

Frau Dahner und Herr Schwalb informierten über den Sanierungsstau, siehe Vorlage. Wir investieren jährlich in der Regel durchschnittlich 1 Mio. Euro in die Schulen bis 2030, so war das auch in den vergangenen Jahren der Fall, ohne Realschule oder Gemeinschaftsschule.

Herr Schwalb informierte über den am Montag entdeckten verzogenen Träger im D-Bau des Ottheinrich-Gymnasiums. Man habe Stützen eingefügt, damit das Gebäude weiter nutzbar ist. Im Moment untersuchen wir die Ursache, die statische Berechnung von 1975 war anscheinend zu scharf berechnet. Wir klären aktuell, welche Möglichkeiten wir für die Sanierung des Trägers haben. Ideal wäre, auf die mobile Trennwand zu verzichten. Das OHG ist damit aber nicht einverstanden, obwohl es diese Trennwand seit drei Jahren nicht mehr geöffnet hatte – zukünftig aber wieder nutzen möchte. Wir werden zusätzlich zu dieser Träger-Sanierung die Photovoltaikanlage abbauen lassen und auch die Dachbegrünung entfernen, um das Dach leichter zu machen. Wir bekommen das Problem also in den Griff.

Stadträtin Lachenauer (Grüne) griff auf, dass das OHG fordert, dass die Trennwand auch weiterhin geöffnet werden kann. Ihrer Meinung nach muss man aber auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis sehen.

Herr Schwalb antwortete, dass die Kosten für die Sanierung einer Trennwand, die sich öffnen lässt, natürlich viel größer sind. Man hole für verschiedene Varianten Angebote ein.

Stadtrat Lang (FDP) fragte, ob man in 2019 überhaupt die 2,5 Mio. Euro für die Realschulsanierung verbauen kann.

Frau Dahner antwortete, dass diese 2,5 Mio. Euro auf mehrere Jahre verteilt sind, man werde in der nächsten Gemeinderatssitzung konkrete Zahlen nennen. Wenn wir Fördermittel erhalten wollen, müssen wir 2019 mit der Sanierung beginnen.

Stadtrat Lang (FDP) kritisierte, dass in dieser Liste die Sanierungskosten für das Palatin nicht aufgeführt sind.

Frau Dahner antwortete, dass die Stadtverwaltung nicht für das Palatin-Gebäude zuständig ist. Daher weiß sie auch nicht, welche Maßnahmen dort in den nächsten Jahren anstehen.

**Kenntnis genommen.**

**3 Teilerneuerung der Fenster am Kulturhaus; Baubeschluss**  
Vorlage 18/2018

Frau Dahner erläuterte den Sachverhalt, siehe Vorlage.

**Der Ausschuss beschloss die Teilerneuerung der Fenster und Klappläden auf der Nordseite und Westseite des Kulturhauses.  
(Einstimmig gefasster Beschluss, 13 Jastimmen.)**

**4 Wiederinbetriebnahme des "Scheithauer-Brunnens" im Schillerpark**  
Vorlage 27/2018

Herr Singler erläuterte den Sachverhalt, siehe Vorlage. Die Wiederinstandsetzung des Brunnens wird etwa 3.000 – 5.000 Euro kosten.

Stadträtin Merkel-Grau (Grüne) fragte was passiert, wenn die 5000 Euro überschritten werden.

Herr Singler antwortete, dass er dann wieder ins Gremium kommt.

Stadträtin Lachenauer (Grüne) fragte wie realistisch es ist, Sponsoren für einen dauerhaften Betrieb zu finden.

Herr Singler antwortete, dass die Sponsoren versuchen, eine Art Fonds einzurichten, bei dem sich auch andere Leute beteiligen können. Das Brunnenwasser wird mit einem Algenmittel versetzt, damit es nicht alle zwei Wochen komplett ausgetauscht werden muss.

Stadtrat Rothenhöfer (SPD) bat die Verwaltung, den Sponsoren den Dank des Gremiums auszusprechen. Es ist ein tolles bürgerschaftliches Engagement, und er würde sich freuen, wenn es noch weitere Sponsoren gäbe.

Stadtrat Schindler (FWW) bedankte sich ebenfalls bei den Spendern. Wir müssen aber auch bedenken, dass wir nicht sukzessive unsere Haushaltskonsolidierung wieder aufheben. Wenn es bei diesen einmaligen 5.000 Euro bleibt ist es in Ordnung, eine tolle Idee von Bürgerengagement.

Stadtrat Lang (FDP) entgegnete, dass wir es doch als Prüfauftrag losgetreten hatten, dass die Verwaltung ein Konzept erarbeitet wie man Sponsoren findet.

Herr Singler entgegnete, dass Sponsoring eine tolle Sache ist, man hierfür aber viel Zeit benötigt.

**Der Ausschuss beschloss die Wiederinbetriebnahme des „Scheithauer-Brunnens“ im Schillerpark, zunächst für drei Jahre.  
(Einstimmig gefasster Beschluss, 13 Jastimmen.)**

**5 Entwidmung des Alten Friedhofes in Baiertal**  
Vorlage 25/2018

Stadtrat/Ortsvorsteher Markmann (CDU) erläuterte die von der Vorlage abweichende Beschlussfassung des Ortschaftsrats:

*Der Alte Friedhof in Baiertal soll als Begräbnisstätte entwidmet werden, sobald*  
*a) ein Beschluss bezüglich der Kriegsgräber und*  
*b) eine haushaltsplanrelevante Aussage bezüglich des Parkes getroffen wurde.*

*Hierzu wird ein kleiner Kreis aus Ortschaftsratsmitgliedern, nach der Beleuchtung des Friedhofes, Vorschläge erarbeiten, für alle Bürger, die an der Gestaltung des Parkes mitarbeiten möchten.*

Oberbürgermeister Dirk Elkemann sagte, dass sich für ihn vor diesem Hintergrund die Frage stellt, ob wir heute überhaupt einen Beschluss fassen sollen.

Herr Singler berichtete, dass die Verwaltung dabei ist, die Friedhofssatzung neu zu kalkulieren. Damit die Kosten dieses Friedhofs nicht mit in die Kalkulation einfließen, hatten wir die Entwidmung vorgeschlagen. Wir werden nun versuchen, dies anders zu lösen.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann antwortete, dass wir dann heute keinen Beschluss fassen und auf ein Zeichen aus Baiertal warten.

### **Keine Beschlussfassung**

<b>6 Widmung Güterstraße und Platz Am Alten Stadtbahnhof</b> Vorlage 6/2018
--

Oberbürgermeister Dirk Elkemann verwies auf die Vorlage.

### **Vorberaten.**

<b>7 Hauptpumpwerk Walldorf; Erneuerung Notstromaggregat – Baubeschluss</b> Vorlage 23/2018
--

Herr Kleemann erläuterte den Sachverhalt, siehe Vorlage.

Stadtrat Markmann (CDU) fragte, ob man den Container bei Bedarf transportieren kann.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann verneinte dies, er ist nicht mobil und wird in das System eingebunden, so dass er selbständig anfährt sobald der Strom ausfällt. Wenn es sich lohnt, bauen wir das vorhandene Aggregat aus und verkaufen es.

**Der Betriebsausschuss stimmte der Erneuerung des Notstromaggregates mit einem Projektvolumen von 262.000 Euro zu und ermächtigte die Betriebsleitung, die weiteren Planungsschritte zur Ausschreibung und Realisierung beim Ingenieurbüro Schulz abzurufen.**

**(Einstimmig gefasster Beschluss, 13 Jastimmen.)**

<b>8 Bericht des Technischen Betriebsleiters der Stadtwerke</b>
---

Herr Kleemann berichtete wie folgt:

> **Sanierung 2. Reinwasserkammer des Hauptpumpwerks:** Läuft planmäßig, die Betonsanierungsarbeiten sind mittlerweile abgeschlossen.

> **Sanierung Klängenbruchstraße:** Die Maßnahme wurde mit rund 163.000 Euro abgerechnet, die Auftragssumme lag bei rund 225.000 Euro.

> **Fernwärme:** Erhalt einer Förderung nach dem KWKG-Gesetz in Höhe von 567 T€ für die Fernwärmeleitung zur Helde/Tuchbleiche/Am Danielsbrunnen und 7,5 T€ für den Wärmespeicher in der Heizzentrale im Palatin.

> **Rohrnetzanalyse:** Diese war für 2017 eingeplant und konnte nicht mehr abgearbeitet werden. Die Durchführung soll nun in 2018 erfolgen, anstelle des für 2018 geplanten Leitungsaustauschs in der Gerbereistraße. Die Kosten liegen bei etwa 40.000 Euro.  
Stadtrat Dr. Veits (Grüne) bedankte sich bei den Stadtwerken für ihre gute Arbeit.

## 9 Verschiedenes

- a) **Sperrung der L600:** Oberbürgermeister Dirk Elkemann berichtete, dass die Großbaustellen zeitlich koordiniert werden, es gibt keine Überschneidung mit der Brückensperrung Dielheim-Rauenberg.

Stadtrat Schindler (FWW) wies darauf hin, dass nicht nur von Heidelberg, sondern auch von Sinsheim kommend der LKW-Verkehr nicht über Tairnbach, sondern über Wiesloch geleitet wird. Es ist ihm unverständlich, warum wir uns das alles gefallen lassen.

- b) **Breitbandausbau in Baiertal:** Herr Singler berichtete, dass vor der nächsten Sitzung des Ortschaftsrats eine Info-Veranstaltung in Baiertal stattfinden wird zum innerörtlichen Vollausbau. Der Zweckverband hat mittlerweile eigenes Personal für die Akquise eingestellt.

Stadtrat Schindler (FWW) forderte eine konkrete Zusage, wann es in Baiertal endlich losgeht. Der Zweckverband arbeitet seit drei Jahren, Leerrohre wurden verlegt, aber wir wissen noch immer nicht wann der Ausbau kommt.

Herr Singler antwortete, dass wir keine Zusagen bekommen, da wir nur eine von 54 Gemeinden im Zweckverband sind.

Oberbürgermeister Dirk Elkemann berichtete, dass es eine allgemeine Unzufriedenheit bei den beteiligten Gemeinden gibt, weil es nicht so schnell geht. Wir sind auf der Prioritätenliste ganz oben, und wir haken auch immer nach und drängen darauf, dass es in Baiertal voran geht.

- c) **Fußgängersteg Leimbach, zwischen Breslauer Straße und Walldorfer Straße:** Frau Dahner berichtete, dass der mittlerweile marode Steg aus Sicherheitsgründen gesperrt und anschließend ersatzlos entfernt wird.

- d) **Sachstandbericht Wohnberechtigungsscheine und geförderter sozialer Mietwohnungsraum:** Frau Fessler und Herr Schneider berichteten, dass der Bestand an Sozialwohnungen massiv zurückgegangen ist, zudem ist die Fluktuation sehr gering. Die Ratsmitglieder erhalten hierzu noch Unterlagen zugemailt.

Stadtrat Seewöster (WGF) fragte, ob dieser Rückgang mit der Landes- oder Bundespolitik zu tun hat.

Herr Schneider antwortete, dass aus seiner Sicht die Programme nicht so attraktiv sind, als dass sie sich rechnen würden. Wäre dies der Fall, würden sie viel häufiger von Bauträgern genutzt werden.

- e) **Bebauungsplan Nußloch, „Gewerbegebiet Nord – 3. Änderung“:** Herr Schneider empfahl, dass Wiesloch keine Stellungnahme abgibt mangels Betroffenheit.
- f) **Reallabor Asyl:** Herr Schmitt informierte über die Forschungsarbeit, siehe Präsentation.
- g) **Stellplätze Freihof:** Stadtrat Dr. Zeier (FWW) sprach die optisch nicht sehr ansprechende Absperrung der Freihof-Parkplätze an.

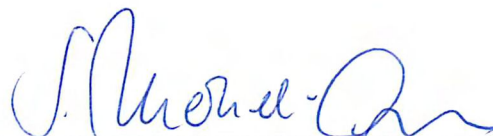
Frau Bajohr antwortete, dass es ein Recht an diesen Parkplätzen aus einem alten Kaufvertrag gibt.

Niederschrift genehmigt, Wiesloch den 26.02.2018



---

**Dirk Elkemann**  
Oberbürgermeister



---

**Susanne Merkel-Grau**  
Stadträtin



---

**Tanja Fritz**  
Schriftführung



---

**Stefan Seewöster**  
Stadtrat